

Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Tourismus und Energie am
25.04.2013

TOP	Beratungsgegenstand	Beschluss Nr.
	Öffentliche Sitzung	
	Geschäftsordnungsbeschluss	77

Der Vorsitzende, Herr Herchenbach, eröffnete die Sitzung und stellte die frist- und formgerechte Einladung fest.

Er verwies auf den Nachtrag zur Einladung vom 18.04.2013 und auf die Tischvorlage mit ergänzenden Informationen zu TOP 3.3. Die Tischvorlage ist der Niederschrift beigelegt.

Die Tagesordnung wurde in der vorliegenden Form einstimmig beschlossen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

1	Beschlussvorlagen	
1.1	Chance7, Überschneidungen mit geplanten Gewerbegebieten und potentiellen Trassen der Ortsumgehung Uckerath, Antrag der FDP-Fraktion vom 15.3.2013 -	78

Herr Oppermann gab zu Beginn des Tagesordnungspunktes einen Überblick über die „betroffenen“ Flächen.

Herr Martius (CDU-Fraktion) erläuterte, dass die CDU-Fraktion das Projekt Chance 7 befürworte, sehe jedoch auch die Notwendigkeit Sicherungen einzubauen. Er stellte daher einen präzisierten Beschlussvorschlag vor.

Nach einem kurzen Austausch wurde sich im Ausschuss auf eine Formulierung geeinigt.

Herr Fiedrich (Fraktion Bündnis90/Die Grünen) bat den Vorsitzenden die Ausschussmitglieder vor der Abstimmung zu fragen, ob jemand, gemäß der Gemeindeordnung persönlich oder dessen Verwandte oder Anverwandte betroffen sei und daher an der Abstimmung nicht teilen könne oder wolle.

Der Ausschussvorsitzende stellte daraufhin die Befangenheitsfrage. Es ergaben sich keine Wortmeldungen.

Sodann wurde über den modifizierten Beschlussvorschlag abgestimmt.

Der Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Energie beschloss mehrheitlich bei 2 Gegenstimmen der Fraktion Bündnis90/Die Grünen:

Die in der Regionalplanung ausgewiesenen Gewerbeflächen der Stadt Hennef sowie Flächen, die möglicherweise für Trassenvarianten der Ortsumgehung Uckerath in Betracht kommen, sind aus der Flächenplanung des Projektes Chance 7 herauszunehmen.

Übertragungen von Grundstücksflächen sind nur im Einvernehmen mit den Eigentümern zu regeln, das Prinzip der Freiwilligkeit hat hierbei oberste Priorität.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich